

Sachliche Diskussion statt lautstarkem Protest

Digitale Gegenveranstaltung versammelt Menschen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen / „Rastatter Resolution“ verlesen

Von Ulrich Philipp

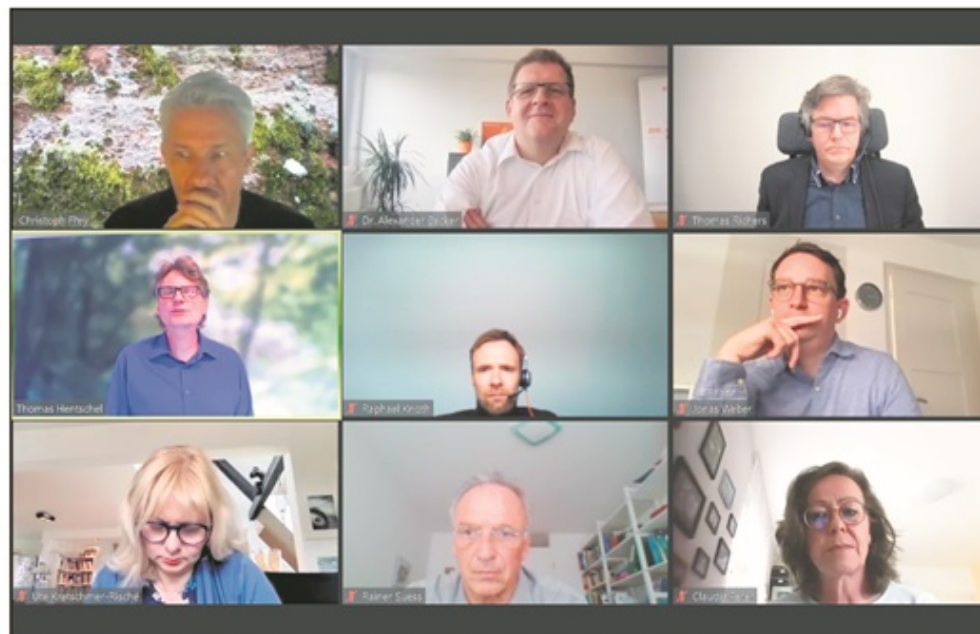
Rastatt – Gegnern von Corona-Maßnahmen, Anhängern von Verschwörungstheorien und Maskenverweigerern nicht kritiklos das Feld zu überlassen, das war am Samstagmittag erklärtes Ziel des Aktionsbündnisses „Rastatter Zukunft“.

Im Gegensatz zu etwa 200 Menschen, die sich trotz behördlich verordnetem Demonstrationsverbot vor der Anne-Frank-Schule versammelten, um gegen die Corona-Beschränkungen zu demonstrieren, trafen sich ihre Gegner online und vor Ansteckung geschützt auf einer Internetplattform. Rund 150 Teilnehmer zählten hier die Veranstalter um die Rastatter Unternehmerin Ute Kretschmer-Riché. „Die Regeln sind nicht unser Feind – Corona ist der Gegner“ stellte Kretschmer-Riché klar und betonte: „Wenn wir uns darauf einigen können, haben wir viel erreicht“.

Unter den Referenten war der Internist Rainer Suess, der als fünfjähriges Kind an Hepatitis A erkrankt war, wie er berichtete. Wochenlang hatte er in Quarantäne bleiben müssen

und sich später mit weiteren Infektionskrankheiten angesteckt. „Heute kann dies durch Impfungen verhindert werden, sie sind ein Meilenstein der Medizin“, sagte er mit Blick auf Impfgegner. Seit 40 Jahren ist Suess im Gesundheitswesen tätig, „aber eine Pandemie solchen Ausmaßes haben meine Kollegen und ich noch nicht erlebt“, sagte er. In einem emotionalen Statement griff Suess diejenigen scharf an, die wissenschaftliche Erkenntnisse leugnen und sich ihrer Grundrechte beraubt fühlen, „das Virus findet die Schwachstellen unserer Gesellschaft und diese Schwachstellen sind sie“, machte er klar und fuhr fort: „Schämt euch!“.

Moderator Christoph Frey berichtete von einer Krankenschwester, die im Chatverlauf der Veranstaltung darüber informierte, wie belastend es ist, wenn Patienten Corona leugneten und ihr sogar Vorwürfe machten, sie sei „gekauft“. Der Landtagsabgeordnete Jonas Weber (SPD) ging auf die im Grundgesetz verankerte Versammlungsfreiheit ein, „die wichtig für demokratische Prozesse ist. Sie hat aber da Grenzen, wo Menschen gefährdet sind“, so Weber. Bürgermeister



Im Unterschied zu den Demonstranten treffen sich ihre Kritiker vor Ansteckung geschützt auf einer Online-Plattform.

Foto: Philipp

Raphael Knoth stellte klar: „Die Stadt hat die Demonstration der Maßnahmen-Gegner niemals befürwortet, bei einem Inzidenz-Wert von zehn hätte man sie allerdings wohl kaum verbieten können“. Der Landtagsabgeordnete Thomas Hentschel (Grüne) räumte ein, dass die Politik vor allem zu Beginn

der Pandemie Fehler gemacht habe, aber „auch die Politik musste zuerst einmal viel lernen“, so Hentschel. Dass die Ministerpräsidenten immer wieder von der vereinbarten Linie ausgeschert sind, „war schwierig“, dennoch sprach er sich für den Föderalismus aus. Der Unternehmer Thomas Ri-

chers kritisierte: „Es fehlt an konsequent wissenschaftsbasierten Maßnahmen.“ Außerdem werde über die Toten viel zu wenig geredet. Das größte Problem für Unternehmen sei, dass sie nicht planen könnten. Und an Abiturienten gewandt erklärte Richers: „Wir Unternehmer sind nicht dumm, wir

wissen in den Bewerbungsgesprächen, dass ihr in einer schwierigen Phase gelernt habt“. „Schulen sind nicht nur Lern-, sondern auch Lebensräume“, ergänzte der Landtagsabgeordnete Alexander Becker (CDU) an dieser Stelle. „Den Kindern und Jugendlichen wird viel abverlangt, dadurch, dass sie sich nicht treffen können. Eltern können Freunde nicht ersetzen“, so Becker.

Claudia Peter von der IG Metall lenkte den Blick auf die psychischen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. „Ich will, dass Arbeitsplätze auch in Zukunft in der Region erhalten bleiben“, erklärte sie. Deshalb hat sie bisher auch nicht im Internet eingekauft, sondern Termine bei Einzelhändlern vereinbart und will dies auch in Zukunft so handhaben. Stephanie Mirow verlas abschließend die „Rastatter Resolution“ (www.rastatter-zukunft.de), in der zum gemeinsamen Einsatz gegen Covid-19 aufgerufen wird. „Jetzt ist es wichtig, darauf zu achten, wer Demokratie und Grundgesetz infrage stellt und Corona nur nutzen will, um Deutschland in eine noch größere Krise zu stürzen“, heißt es in der Resolution an einer Stelle.